

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 12

Artikel: Der Krieg in Indochina
Autor: Abosch, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336626>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

rasch dem Vollausbau, denn von den 14 Mia bis zu den möglichen 21 Mia – neueste Schätzungen lauten freilich auf 27 Mia – besteht nur noch eine Spanne von 7 Mia. Es dürfte also der Zeitpunkt kommen, wo für unsere Gemeinden und Kantone keine Gelegenheit zum Kraftwerkbau mehr vorhanden ist. Hier das Nötige vorzukehren, würde rasche Entschlüsse bedingen. Es ist aber zu bezweifeln, daß die Stimmberechtigten bereit wären, Anlagen für die ferne Zukunft schon jetzt zu bauen und zu bezahlen, deren Energieproduktion im Lande noch nicht verwertet und darum wohl vorläufig, vielleicht zu ungenügenden Preisen, exportiert werden müßte, aber auch könnte. Dies scheint mir, wenn man von Mängeln der öffentlichen industriellen Betriebe spricht deren, schwerster zu sein. Wohl werden einmal die Privatunternehmungen bereit sein, den Gemeinden Strom zu verkaufen. Sie werden es aber nach kaufmännischen Grundsätzen, das heißt nur mit Gewinn, tun, und dieser Gewinn wird dem Volksganzen verlorengehen.

HEINZ ABOSCH

Der Krieg in Indochina

Paris, Ende November 1951.

Vor fünf Jahren, am 24. November 1946, bombardierten französische Kriegsschiffe – als Antwort auf eine Schießerei, die bei einem Zollzwischenfall in Hanoi stattgefunden hatte – die im nördlichen Indochina gelegene Hafenstadt Haiphong. Dieser Kriegsakt, der, wie man sagt, sechstausend Menschen das Leben gekostet haben soll, eröffnete einen Kampf, der bis heute andauert, und den man das große Verhängnis der Vierten Republik nennen kann. Das war kein Zufall. Bevor die Waffen in Aktion traten, war ein ganzes Jahr lang verhandelt worden. Am 6. März 1946 hatte der französische Bevollmächtigte Sainteny mit dem Ministerpräsidenten der Republik des Vietnam (der die drei Provinzen Tongking, Annam und Cochinchina umfaßt) einen vorläufigen Vertrag unterzeichnet, in welchem Frankreich die neue indochinesische Regierung mit eigener Armee und selbständigen Finanzen anerkannte. Weiteren Verhandlungen sollte es vorbehalten sein, das genaue Statut des neuen Staates innerhalb des französischen Empire, das jetzt den Namen «Union française» trug, zu bestimmen. Die Konvention sah gleichzeitig die Entsendung französischer Truppen nach Indochina vor, um die chinesische Armee, die das Land im Norden des 16. Breitengrades besetzt hielt, abzulösen. Wie sehr diese Aufgabe im Vordergrund stand, ist daraus zu ersehen, daß die französischen Formationen der Kontrolle einer gemeinsamen französisch-annamitischen Kommission unterlagen. Während sie so in ihrer Selbständigkeit beschränkt waren, unterstanden die indochinesischen Wehrverbände nur der Regierung Ho Chi Minhs. So sahen damals die Beziehungen zwischen der

Protektoriatsmacht und den «Schutzbefohlenen» aus. Das entsprach selbstverständlich keineswegs der üblichen Tradition des Kolonialismus. Es stand im Gegenteil im direkten Widerspruch dazu. Es zeigte, welche krasse Veränderung in dieser ehemals autoritär regierten Kolonie eingetreten war.

Um den neuen Zustand in eine endgültige gesetzliche Form zu bringen, begannen im Sommer desselben Jahres zwischen den beiden Parteien in Fontainebleau weitere Verhandlungen. Die Aufgabe, die gestellt war, war schwierig genug: die Sicherung der Unabhängigkeit des Vietnam innerhalb der französischen Union. Die beiden Begriffe verhalten sich eher feindselig zueinander. Die Unabhängigkeit des neuen Staates mußte notwendig eine Grenze finden, die von der Aufrechterhaltung des Bestandes der «Union» gezogen war. Wo lag sie? Das mußte herausgefunden und gemeinsam bestimmt werden. Der Verzicht auf die vollständige Souveränität konnte jedoch nur ein freiwilliger Akt des neuen Staates sein. Er durfte auf keinen Fall erzwungen werden, denn dann mußte die Souveränität sich in ein bloßes Wort verflüchtigen. Er konnte nur die Folge des Vertrauens sein, daß die ehemalige Protektoratsmacht ihre Haltung gründlich geändert habe und auf ihre Vorrechte verzichte. Nur die Herstellung dieses Vertrauens hätte den Weg zur Ablösung des alten Empire und zur Gründung eines Staatenbundes im Sinne des englischen Commonwealth freigelegt. In Fontainebleau zeigte es sich, daß Frankreich ein solches Ziel eigentlich gar nicht verfolgte. Die französische Delegation, in der die alte Bürokratie des Kolonialministeriums maßgebend vertreten war, trachtete vor allem, die Rechte der «Union» auf Kosten des indochinesischen Staates zu sichern. Die vorhandene Situation sollte zugunsten Frankreichs verändert werden. Durch die Sicherung von wirtschaftlichen und militärischen Privilegien sollte die politische Freiheit des Vietnams entwertet und in ein genügend straffes Gängelband genommen werden. Das alte Empire sollte unter dem neuen Namen der «Union» möglichst unversehrt in die Zukunft gerettet werden. Ho Chi Minh war währenddessen mit dem Willen zur Verständigung nach Fontainebleau gegangen (vergessen wir nicht: die französischen Kommunisten saßen noch in der Regierung, und der Kalte Krieg hatte noch nicht begonnen!). Ununterbrochen hatte er diese Absicht zum Ausdruck gebracht, wie im Februar 1946: «Wir sind bereit, viele Konzessionen, hauptsächlich wirtschaftlicher Art, zu machen. Selbst, wenn wir gewisse Unternehmungen zurückkaufen müßten, würden wir zahlen.» Aber den französischen Unterhändlern waren diese Konzessionen zu gering. Sie deuteten sie als Schwäche und glaubten, daß sie alles erhalten könnten. Diesem Verkennen der Situation und der vorhandenen Kräfte ist die gesamte spätere Entwicklung zu danken. Während sich die Verhandlungen bei Paris in die

Länge zogen, führte die französische Regierung in Indochina eine andere Politik durch. Admiral d'Argenlieu ernannte in Saigon eine separatistische Regierung, die die Aufgabe hatte, Ho Chi Minh, mit dem soeben in Paris noch verhandelt wurde, zu schwächen. Dieser Spaltungsversuch des Vietnam war das Signal für den Abbruch der Gespräche von Fontainebleau, die als ein Wandschirm für die Politik d'Argenlieu gedient hatten. Der am 14. September unterzeichnete *modus vivendi* konnte keinen darüber hinwegtäuschen, daß nunmehr das Schicksal Indochinas blutig entschieden werden sollte.

Wie tragisch dieser Krieg für Frankreich auch werden sollte, so «frischfröhlich» wurde er vom Zaun gebrochen. Selbstverständlich war dieser frohe Mut nur die Folge einer groben Verkennung der Lage. Selten wurde mit einer größeren Frivolität Möglichen und Wünschenswertes miteinander verwechselt. Und da man seine Wünsche für die Wirklichkeit nahm, wurde mit einem Leichtsinn ohnegleichen gehandelt. Seit Beginn der Feindseligkeiten hatte Ho einen Waffenstillstand auf dem Boden des Vertrages vom März 1946 verlangt. Solche Angebote wiederholten sich während des ganzen Jahres 1947 und bis in die letzte Zeit. Sie wurden alle mit einer Entschlossenheit, die einer besseren Sache würdig wäre, und mit dem ruhigsten Gewissen der Welt ausgeschlagen. So vernahmen wir aus dem Munde Bollaerts, der seit 1947 Admiral d'Argenlieu ersetzt hatte: «Frankreich wird in Indochina und Indochina wird in der französischen Union bleiben. Das ist das erste Axiom unserer Politik. Wir haben in Indochina Rechte und legitime Interessen. Wir haben viel gesät, und wir schämen uns nicht, zu sagen, daß wir uns nicht um die Ernte bringen lassen wollen.» Eine solche Sprache des Hochkommissars läßt eher auf den Fortbestand der alten Kolonialpolitik schließen, als auf ihre Änderung im Sinne eines Commonwealth. Sie erklärt auch, warum die Verhandlungen scheiterten und der Krieg unvermeidlich geworden war. Sie enthüllt, warum auf die Friedensvorschläge von Ho mit dem Willen zu einer unbedingten militärischen Kapitulation geantwortet wurde. Auf derselben Linie liegt auch die Erklärung des Kolonialministers Moutet, der am 8. Juni 1947 behauptete: «Die militärischen Operationen sind beendet.» Wenn wir berechtigt sind, den Leichtsinn der führenden Politiker festzustellen, so verdient die Tatsache vermerkt zu werden, daß die Militärs eine weit größere Einsicht bewiesen. In der indochinesischen Affäre überrascht uns diese Erscheinung, die man in der Geschichte gewiß nicht häufig antrifft. So hatte sich General Leclerc, der das Expeditionskorps 1946 befehligte, jedem Abenteuer widersetzt. Er schätzte, daß zur Eroberung der erhobenen Kolonie eine Armee von 500 000 Mann notwendig sei, was die Kräfte Frankreichs weit übersteige. Die späteren Ereignisse sollten ihm nur allzu recht geben. Der General-

stabschef des französischen Heeres, Revers, der im Herbst 1949 einer undurchsichtigen Machination, die in engem Zusammenhang mit der ostasiatischen Expedition stand, zum Opfer fiel, hatte sich in einem ähnlichen Sinn in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten geäußert: «Ich glaube nicht, daß der Gang der Dinge in Indochina uns Befriedigung gibt, und ich befürchte, daß das Opfer unserer Leute eines Tages als unnütz erscheint.» Diese Einstellung der militärischen Fachleute war ihnen von einer richtigen Einschätzung der Lage und ihrer Möglichkeiten diktiert. Zum Unglück Frankreichs wurden sie von den Politikern nicht gehört, die den haltlosen Illusionen des Imperiums nachjagten.

Aus dem von uns Dargelegten geht hervor, daß sich die französische Regierung eigentlich vor der Aufgabe der Wiedereroberung einer abtrünnig gewordenen Kolonie befand. Wie ist es dazu gekommen? Dieses Ereignis war die direkte Folge der Niederlage Frankreichs durch Deutschland, die in Indochina in einen Zusammenbruch vor Japan ausmündete. Wie sich im Mutterland der Staatsapparat und bedeutende politische Kräfte unter Pétain für die «Collaboration» mit Hitler bekannten, so begaben sich die Machthaber der ostasiatischen Besetzung unter den Schutz Japans, das Indochina bis 1945 besetzt hielt. Unter Admiral Decoux begnügte sich die französische Verwaltung damit, im Schatten der japanischen Bajonette ein kärgliches Dasein zu fristen. Der gemeinsame Nenner dieses neuen Protektorats war der Kampf gegen die einheimische Nationalbewegung, die sich aktiv betätigte und sich nach der japanischen Kapitulation erhob. Kurz vor ihrem Abzug hatten die Japaner noch die Idee gehabt, dem Idyll, das sie mit Frankreich unterhalten hatten, ein Ende zu setzen. Im März 1945 räumten sie mit der französischen Scheinmacht auf und stellten die Franzosen, die mit ihnen zusammen gearbeitet hatten, in öffentlichen Käfigen zur Schau. Die Lehre dieser doppelten Kapitulation sollten die Annamiten nicht mehr vergessen. Der Schleier der Unbesiegbarkeit der Kolonialmacht, der ein wichtiges Element ihrer Politik war, war zerrissen. Ohne materielle Gewalt und ohne moralischen Kredit war Frankreich vor der revolutionären Regierung Ho Chi Minhs verschwunden.

Wie groß die Volksbewegung war, ist daraus ersichtlich, daß der Kaiser Bao Dai auf seinen Thron verzichtete und als «Ratgeber» des neuen Regimes auftrat. Dieses widerspiegelte offenkundig alle Tendenzen des annamitischen Volkes. Neben den Kommunisten mit Ho befanden sich in der Regierung Sozialisten, Katholiken und Buddhisten. Und alle annamitischen Bischöfe der katholischen Kirche hatten sich für sie ausgesprochen. Wie wenig sich darin bis heute geändert hat, geht aus einer Artikelserie, die die bedeutende französische Zeitung «Le Monde» vor kurzem veröffentlichte, hervor. Der Kor-

respondent dieses Blattes, D. Hunebelle, schrieb darüber folgendes: «Es gibt zwei Regierungen: diejenige des Vietminh (Ho Chi Minh) und diejenige des Vietnam (Bao Dai). Das annamitische Volk . . . glaubt, daß nur die Regierung des Vietminh, weil sie unabhängig von Frankreich, die Regierung der Unabhängigkeit ist . . .» Der Zusammenbruch der französischen Macht in den Jahren 1940 bis 1945 macht es klar, warum Frankreich seine Truppen gleichsam durch eine Hintertür nach Indochina wieder einschmuggeln und ihre Kontrolle durch das aufständische Regime erdulden mußte. Die niedergeschlagene Kolonialmacht mußte Stück für Stück wieder zusammengeflickt werden. Und dabei konnte sich Frankreich nur auf seine eigenen Kräfte verlassen. Gegenüber einer einmütigen Volksbewegung konnte es sich nur auf eine geringe Anzahl von reichen Plantagenbesitzern, Wucherern und feudalen Gewaltigen stützen. Das war eher eine Belastung denn von Vorteil. Die nationale Bewegung enthielt so von Anfang an ein soziales Element, das ihre Schlagkraft nur erhöhen konnte. Bei der Entwicklung des Krieges sind diese beiden Tatsachen von größter Bedeutung: Frankreich hat sich nur auf eine schwache Minderheit von Ausbeutern stützen können und hat damit den sozial reaktionären Inhalt seines Kampfes nur noch verstärkt.

Wie ist es aber zu der Einmütigkeit des Protestes gegen die französische Besetzung gekommen? Die Untersuchung dieser Frage wird uns gleichzeitig darüber Aufschluß geben, warum die Kommunisten zu den Führern des nationalen Widerstandes geworden sind. Indochina war dem autoritären Regime der Kolonialgouverneure unterworfen, die die Aufgabe hatten, das Volk in strengen Banden zu halten, um den Weg für die kapitalistische Ausbeutung freizulegen. In politischer Hinsicht bekamen das Wort nur diejenigen, die an dieser Ausbeutung mitbeteiligt waren. Und das waren nicht viele. Jede demokratische Freiheit, die den unterdrückten Massen eine Hilfe sein konnte, war ausgeschaltet. Es gab keine parlamentarische Vertretung (nur ein Konsultativorgan, dessen Mitglieder ernannt und in der Mehrzahl aus Franzosen zusammengesetzt waren), es gab keine Pressefreiheit und keine Gewerkschaften. Dieses mittelalterliche Regime hat nicht nur in Indochina Haß gesät, es hat auch in Frankreich selbst scharfe Reaktionen hervorgerufen. Schon früh wurde es von Félicien Challaye in einem Buch gezeißelt, das mit einem Vorwort von Romain Rolland, Langevin, Allain und Gide versehen ist. Sachlich werden die Verbrechen des Systems aufgezählt: die schimpfliche Verachtung der Annamiten, die «einer der intelligentesten, feinsten und gebildetsten Rassen angehören», der später so verhängnisvoll gewordene Versuch der Spaltung eines Volkes, das «eine geographische Einheit, gegründet auf einer noch wichtigeren moralischen Einheit», bildet, die Verseuchung des Volkes durch

die Ausbreitung der Alkohol- und Opiumstätten. In den dreißiger Jahren erschien dann das erschütternde Zeugnis von Andrée Viollis «Indochine SOS», das ein Besetzungsregime enthüllte, das alle Foltermethoden der Gestapo vorweggenommen hatte. Und dieses Regime war um so unbarmherziger, als es nun auf einen immer entschlosseneren Widerstand stieß. Der Mangel jeder demokratischen Freiheit war es, der den kommunistischen Organisatoren direkt zu Hilfe kam. Von der Besetzungsmacht selbst ist die Auseinandersetzung auf das Gebiet der Gewalt verlegt worden. Die kommunistischen Methoden mußten sich in einer Situation überlegen zeigen, die nur vermittels des illegalen Kampfes gemeistert werden konnte. Hier liegt also die Ursache für den späteren Erfolg von Ho Chi Minh. Das Gros seiner Anhänger sind keine Kommunisten, sondern Nationalisten, die hauptsächlich von den breiten Bauernmassen gebildet werden. Sie sind von einem unverständigen Besetzungssystem gezwungen worden, zu kommunistischen Organisationsmethoden Zuflucht zu nehmen.

Konzentrationslager, Terror und Diktatur dienten einer wirtschaftlichen Ausbeutung, die sich in den modernen Kapitalismus und in den alten Zinswucher teilte. Die französische Kolonisation machte sich in der Eröffnung der Kohlen- und Metallförderung bemerkbar (vor dem Kriege betrug die Jahresproduktion von Kohle 2,6 Millionen Tonnen) und in der Entwicklung der Reis-, Mais- und Kautschukerzeugung. Von 1868 bis 1938 stieg die Reiserzeugung von 380 000 Tonnen im Jahr auf 2,4 Millionen Tonnen, wovon 1,7 Millionen exportiert wurden. Von den 650 000 Tonnen Mais im Jahr wurden 540 000 exportiert. Das geschah in einem Land, wo die Unterernährung chronisch war und die Bevölkerung das Opfer vieler Hungerkrankheiten wurde. Die Gummiproduktion betrug 60 000 Tonnen. Die französischen Kapitalinvestitionen waren jedoch nicht gewaltig. Die Kolonisation vollzog sich sehr oft auf Grund ursprünglicher Kapitalakkumulation, der direkten Landaneignung und primitivster Ausbeutung der Arbeiter. So wurde die Kohlenförderung fast ohne jede moderne technische Einrichtung vorgenommen. Die Erzeugung betrug deshalb 1936 pro Arbeiter 207 Kilogramm gegenüber 802 in Japan und 871 in Frankreich. Der geringe Grad der Industrialisierung wird daraus ersichtlich, daß es 1929 auf eine Bevölkerung von 22 Millionen nur 220 000 Lohnarbeiter gab, von denen 80 000 auf den Plantagen beschäftigt waren. Das Regime der Fabrikarbeit war hart, und es gab wahre Hungerlöhne (ein spezialisierter Arbeiter hatte 1936 einen Tageslohn von 6 fr. Fr.). Es war daher nicht selten, daß zur Durchführung von Straßenbauten oder zum Auffüllen der Belegschaften die Leute einfach zwangsweise herbeigeschafft wurden. Dieser Raubbau an den Menschen erforderte unsägliches Opfer. Das

Unerbittliche der wirtschaftlichen Situation wurde noch durch das Monopol unterstrichen, das die Banque d'Indochine faktisch ausübte. Sie war nicht nur das Noteninstitut, sondern sie war auch die allmächtige Geschäftsbank, die über entscheidende Interessen in der Kohlenproduktion, im Nickel, Zinn und Wolfram des Tongking verfügte, in den Zuckerplantagen, den Kautschukwäldern und in der Eisenbahn. Und ebenso war sie am Zinswucher maßgebend beteiligt, so daß Montaigu 1946 schreiben konnte: «Im Vietnam gibt es nur den Ausweg des legalen Wuchers des Crédit Foncier oder des geduldeten der chinesischen Würger.» Über die französischen Kapitalinvestitionen finden wir in dem Buch von Pierre Naville «La guerre au Vietnam» wertvolle Hinweise: «Im Unterschied zu England und Holland widmete Frankreich nur einen sehr kleinen Teil seiner Gesamtexporte von Kapital und Menschen den Kolonien. Die Kapitalinvestition in Indochina ist, allgemein gesehen, auf die selbe Weise vor sich gegangen wie in den anderen Kolonien oder selbst im Mutterland. Das heißt ohne Plan einer rationellen Entwicklung, ohne vorherige Untersuchung der technischen Hilfsquellen und Möglichkeiten und ohne Rücksicht auf die eingeborene Bevölkerung. Was die Kapitalanlage geleitet hat, ist die Suche nach dem höchsten Profitsatz, das heißt das unmittelbare Interesse des Finanzkapitals.» So hat sich denn auch der Wucher mächtig entwickelt. Er hält heute die breite Bauernmasse in einem engmaschigen Netz gefangen. Und Naville schreibt: «Fast ausschließlich auf der Basis des wucherischen Bodenkapitalismus konnte sich ein Phantom von einheimischem Kapital bilden, das den französischen Interessen direkt unterworfen ist.»

Die Bodenaneignung ging offen vor sich. 1890 besaßen die Europäer 11 390 Hektaren Land, 1939 war es eine Million (600 000 davon in Conchinchina, dem Zentrum der großen Reis- und Kautschukproduktion). Die Kolonisatoren bemächtigten sich zuerst des Gemeindelandes, das kollektiver Besitz war. Die Aneignung des übrigen Bodens ging auf dem Wege der Verschuldung der eingeborenen Bauern vor sich, die ihren Besitz verloren und zu Pächtern wurden. Die Mehrzahl der Bauern besitzt deshalb keinen eigenen Boden mehr oder nur eine geringe Parzelle (in Zentral-Cochinchina besitzen 80 Prozent der Bevölkerung 27 Prozent des Bodens). Über die Lage des Pächters (ta-dien) schreibt Gourou folgendes («L'utilisation du sol en Indochine»): «Der ta-dien wird von dem Besitzer mächtig ausgesaugt. In der Tat hat der ta-dien die Gewohnheit, beim Besitzer Reis für die Ernährung oder für die Saat zu entleihen (100 Prozent Zinsen für zehn Monate bei kleinen Anleihen) oder Geld für zusätzliche Arbeiter zu borgen (der Zins beträgt etwa 5 Prozent im Monat) oder bei dem Besitzer Büffel oder ein Haus zu mieten. Diese Dienstleistungen runden den Gewinn des Besitzers ab, der mehr als 40 Prozent und

manchmal sogar bis 70 Prozent von der Bruttoernte fortnimmt.» Wir sehen also, welche gewaltige soziale Dynamik zum Kampf gegen Frankreich gezwungen hat, da es dieses Wuchersystem beschützt und vervielfacht hatte. So ist es auch nicht zu verwundern, daß 1931 das durchschnittliche Jahreseinkommen der Indochinesen 490 fr. Francs betrug und das der im Vietnam lebenden Europäer 49 000 ...

Die militärische Lage hat sich auf dem Kriegsschauplatz seit 1947 kaum verändert. Den französischen Truppen ist es gelungen, die Städte und die fruchtbaren Küstengebiete des Deltas des Roten Flusses und des Mekong zu besetzen. Die undurchdringlichen Waldgebiete und die Sympathie der Bevölkerung erlaubten jedoch Ho Chi Minh drei Viertel des Landes in seine Abhängigkeit zu bringen. Der Sieg der chinesischen Kommunisten setzte sich in eine unmittelbare Verstärkung seiner Positionen um. Er brachte ihm nicht nur die diplomatische Anerkennung durch Rußland. Durch die vor einem Jahr erfolgte Verdrängung der französischen Truppen von der Grenze, die den Vietnam von China trennt, wurden die Verbindungswege freigelegt, auf denen jetzt Waffen- und Materialtransporte nachkommen. Die Verbesserung der militärischen Ausrüstung, die während des ganzen Krieges erfolgte, geht seit dieser Zeit beschleunigt vor sich. Die einstigen schlechtbewaffneten Freischärler haben sich in eine kampffähige Truppe verwandelt, die der französische General Pellet bereits 1947 mit Infanterieeinheiten aus dem Jahre 1939 verglich. In den aufständischen Gebieten werden selbst Waffen hergestellt, und die Ausbildung der Mannschaften soll chinesische Unterstützung erhalten haben. Wenn es Frankreich nicht gelungen ist, mit schlecht ausgerüsteten Gegnern fertig zu werden, so ist diese Aufgabe heute bei weitem schwieriger, wo diese Gegner sich gewaltig gestärkt haben. Die 150 000 Mann, die Frankreich dort stehen hat, sind mehr denn je ungenügend, um den Krieg zu entscheiden. Und das weiß heute jeder französische Politiker – selbst wenn er es nicht sagt. Die Truppen Ho Chi Minhs kombinieren den offenen Feldzug mit dem Freischärlerkampf. Aus der Mithilfe der Bevölkerung Nutzen ziehend, verlassen sie je nach den Umständen ihre Uniformen und tauchen unter. Mit Terroranschlägen beunruhigen sie die Besatzungsmacht auf ihrem eigenen Gebiet, was zu beständigen Blutopfern führt. Mehr denn je muß das von Frankreich gestützte Regime diktatoriale Formen zeigen, die den Unwillen der Bevölkerung ständig steigern. So gibt es nach wie vor keine Pressefreiheit und nicht die geringsten demokratischen Rechte.

Nachdem es sich in Paris herausgestellt hatte, daß man sich mit der baldigen Erwartung einer militärischen Entscheidung getäuscht hatte, unternahm die Regierung einen politischen Kurswechsel. Sie sprach immer weniger vom

Herrenrecht der Kolonialmacht, statt dessen mehrten sich die Erklärungen zugunsten einer «wirklichen» Unabhängigkeit des Vietnam. Diese Politik führte zu greifbaren Resultaten. In einer Erklärung, die der Hochkommissar Bollaert gemeinsam mit dem von Frankreich eingesetzten Ministerpräsidenten Xuan am 5. Juni 1948 unterzeichnete, wird anerkannt, daß die Unabhängigkeit des Vietnam «keine anderen Grenzen habe als diejenigen, die sich aus seiner Zugehörigkeit zur französischen Union ergeben». Ein Jahr später wird auf diesem Wege weitergegangen. In einem Briefaustausch zwischen dem Präsidenten der Republik und dem inzwischen nach Indochina zurückgekehrten Kaiser Bao Dai wird von Frankreich eine ganze Reihe von Zugeständnissen gemacht: dem Vietnam wird die volle «interne Souveränität» und eine begrenzte diplomatische Vertretung zuerkannt, er erhält das Recht auf eine eigene Armee, und auf die Abtretung Cochinchinas wird verzichtet. Wie man weiß, hat besonders dieser letzte Punkt zur Auslösung der Feindseligkeiten mit Ho geführt... Formal hat Frankreich also Bao Dai größere Zugeständnisse gemacht, als es notwendig gewesen wäre, den Krieg überhaupt zu vermeiden. Aber die Konzessionen stehen zum großen Teil wirklich erst auf dem Papier. Die mit Frankreich «kollaborierende» Schicht ist äußerst schwach: es sind Plantagenbesitzer oder Finanzwucherer, die ihren Reichtum der Besatzungsmacht verdanken. Sie sind also von Anfang an alles andere als «unabhängig». Das ist sicher kein geringer Grund, warum ihnen die Konzessionen gemacht wurden, die man Ho Chi Minh verweigerte. Die Korruption dieser Kreise ist unvorstellbar. In dem von uns weiter oben zitierten Artikel des «Monde» lesen wir folgendes: «Der Kaiser? Frankreich bewilligt dem Kaiser Bao Dai das Zwanzigfache der Zivilliste Trumans! Der Kaiser ist auf der Jagd, spielt Tennis, und die Ventilation seiner Jacht verschlingt allein 2 Millionen Piaster. Das Volk verzeiht ihm nicht. Sein Privatleben macht Skandal. Er ist in der öffentlichen Meinung verrufen und, was schlimmer ist, selbst in den Augen seiner Regierung.» Diese bis auf das Mark verfaulten Schichten sollen der Unabhängigkeit des neuen Staates vorstehen! Wahrlich, es ist noch nie ein gröberer Scherz getrieben worden. Allerdings wittern sie Morgenluft. Sie haben zweifellos die Absicht – wenn sie auch nicht sogleich die Macht dazu haben –, in ihrer Bedienstetenrolle ein wenig freier zu werden. Diese Gelegenheit wird ihnen von der offenkundig gewordenen Schwäche Frankreichs geboten. Die formalen Zugeständnisse an die indochinesische Unabhängigkeit gingen einher mit einem beständig eindringlicher werdenden Appell, um die Unterstützung der USA zu erlangen. Die amerikanische Politik war und ist der französischen in den Kolonien widersetzt. Die USA haben Frankreich zu immer größeren Konzessionen an den Vietnam herausgefordert.

Kein Wunder, daß die Kreise um Bao Dai sich dieser Unterstützung bedienen: sie benutzen sie, um zu einer immer realeren Freiheit Frankreich gegenüber zu kommen. Ihre Sprache wird deshalb auch immer ungezwungener, und sie sind keine ganz willfährigen Marionetten mehr. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die von Paris aus zugesagte «Unabhängigkeit» nun eine Form erhält, die nicht vorgesehen war. Auch von dieser Seite kündigt sich das vollständige Fiasko an.

Nichts unterstreicht mehr den Bankerott der französischen Indochina-Politik, als die dauernden Bitten um die Hilfe Amerikas. Denn selbst der Blinde sieht heute, daß der Kampf mit französischen Mitteln nie entschieden werden kann. Denn unerträglich genug ist bisher die Last gewesen: der Krieg hat nicht weniger als die Gesamtheit der Marshall-Kredite aufgebraucht. Und man sieht, wie unhaltbar die Argumente der französischen Kolonialisten sind, die vorgeben, den Krieg in Indochina gegen den Kommunismus zu führen. Die riesigen Summen, die das ostasiatische Abenteuer verschlang, fehlten der Sozialpolitik in Frankreich: wieviel Wohnungen, wieviel Schulen hätten dafür gebaut werden können und . . . wieviel französische Arbeiter hätten dem Kommunismus entrissen werden können? Der Indochina-Krieg ist in der Tat eine der entscheidenden Ursachen für die soziale Unzufriedenheit und für den starken Einfluß des Stalinismus: keiner hat besser für ihn gearbeitet, als die Wortführer der Kolonialexpedition. Wie wenig diese den französischen Möglichkeiten entspricht, ergab sich besonders seit der Verschärfung der Weltlage anläßlich des Korea-Konflikts. Als sich das Problem stellte, Frankreich gegen Rußland zu verteidigen, ergab es sich nämlich, daß es dazu nicht in der Lage war: in Indochina standen zehn Divisionen und im Mutterland nur fünf. Weiter ergab es sich, daß der fernöstliche Krieg die Rekrutierung von Offizieren und Unteroffizieren behinderte, da keine Begeisterung besteht, sich nach Ostasien verschiffen zu lassen. Ein General brachte das auf die drastische, aber keineswegs illusorische Formel: «Wir werden Indochina halten, aber Frankreich werden wir preisgeben müssen!» Und schließlich wird der Unsinn durch nichts mehr unterstrichen, als durch folgende Zahlen: der fernöstliche Feldzug kostet jährlich 850 Millionen Dollar, während 250 Millionen ausreichen würden, um alle französischen Besitzenden im Vietnam zu entschädigen!

Der Krieg wird von keiner Sympathie des französischen Volkes getragen, dessen materielle Sorgen keinen Raum für imperialistische Präntentionen übrig lassen. Neben den Kommunisten, die verschiedentlich zu direkten Aktionen gegen Waffentransporte übergingen, hatten vor allen Dingen die Sozialisten ihre Opposition bekundet. In seiner letzten Lebenszeit hatte Léon Blum

dauernd eine friedliche Regelung durch Vermittlung Dritter und der UNO vorgeschlagen. Die Schlichtung sollte durch die Abhaltung von Wahlen unter internationaler Kontrolle gekrönt werden (das von Frankreich gestützte Regime Bao Dais ist in der Tat nie vom Volk legalisiert worden). Leider haben die Sozialisten es an Entschlossenheit bei der Durchsetzung ihrer Forderungen fehlen lassen. So kam es, daß die Minister der SFIO eine Politik ausführten, die den Entschlüssen mehrerer Parteikongresse entgegengesetzt war. Eine unabhängige Indochina-Politik wurde der Koalitionsregierung geopfert, deren Kolonialressorts zu einem Monopol des katholischen MRP wurden. Das war nicht wenig verhängnisvoll, war doch Indochina seit je ein Reservat des streng gläubigen Katholizismus, der sich an der Aussaugung der Kolonie, der Sklavenarbeit usw. mästete.

Die Opfer, die der Feldzug Frankreich gekostet hat, werden sich nicht bezahlt machen. Indochina hat aufgehört, eine Kolonie zu sein, seine wirkliche Unabhängigkeit ist unvermeidlich. Und die neue Stellung, mit der sich Frankreich wird bescheiden müssen, wird es ihm nicht erlauben, die 800 Milliarden Francs, die der Krieg bis heute kostete, einzubringen. Das weiß heute jeder. Nicht zuletzt die im Vietnam ansässigen Franzosen, «die von Panik ergriffen oder ganz einfach aus Müdigkeit sich von Indochina abwenden und ihre Kapitalien nach Afrika oder nach Mexiko verlegen» («Le Monde»). Es steckt deshalb mehr Wahrheit in den Erklärungen der französischen Minister, als sie selbst glauben, wenn sie sagen, daß Frankreich «nicht für sich selbst kämpft». Zum Unglück für die Drahtzieher dieses Krieges ist es so: «Diesen Augenblick wählen andere, um ihr Kapital zu investieren. Zuerst die Chinesen, dann die Amerikaner und – durch die Gnade der Amerikaner – die Japaner («Le Monde», 1. Nov. 1951). Die indochinesischen Operationen sind in den Bereich des Kalten Krieges gerückt. Und wie überall, werden auch dort die USA der Schutzpatron, der die Geschicke bestimmt. Amerika legt Kapital an, es liefert Waffen und Ausrüstungsgegenstände, es verteilt Kredite. Es ist ihm ein leichtes, die neue «Schutzmacht» zu werden. Als Bestandteil der amerikanisch-russischen Auseinandersetzung ist der Kampf im Vietnam endgültig der französischen Initiative entronnen.

Die sozialistische Bewegung hat selbstverständlich die Aufgabe, zu verhindern, daß Indochina – und andere Kolonien – zu einem Handelsobjekt zwischen den Großmächten wird. Dieses Kapitel schließt eine ganze Reihe von Lehren ein. Zunächst: es ist aussichtslos, die Kommunisten unter einer reaktionären Fahne bekämpfen zu wollen. Ihre Stärke sind die berechtigten und fortschrittlichen Forderungen der Massen. Nur durch die Unterstützung derselben ist es möglich, die stalinistischen Ränkespiele zu durchkreuzen. Es gibt

keine bessere Hilfeleistung für Rußland, als die Unterstützung der Kolonialisten. Die sozialistische Bewegung muß sich auf das engste mit den Nationalbewegungen der unterdrückten Völker verbinden und dem imperialistischen Finanzkapital – selbst, wenn es unter demokratischer Maske auftritt – den schärfsten Kampf ansagen. Das Fiasko in Indochina spricht eine deutliche Sprache.

PAUL FURRER

„Der Diplomat“

Die Erhebung der Völker Asiens und Afrikas dürfte sich einst als die intensivste politische Umwälzung des zwanzigsten Jahrhunderts erweisen. Durch die beiden Weltkriege in die Wege geleitet oder gefördert, hat die Emanzipation der kolonialen und halbkolonialen Völkerschaften eine solche Kettenreaktion wirtschaftlicher und psychologischer Wandlungen ausgelöst, daß zurzeit niemand sich erlauben darf, das Ende dieses Prozesses vorauszusehen. Wir sind heute Zeugen verzweifelter Versuche, diese Entwicklung zum Stillstand zu bringen oder sie in bestimmte, den europäischen Mächten günstigere Bahnen zu lenken. England, Frankreich und andere europäische Länder, als Nutznießer des Kolonialregimes, sind seit 1945 in verlustreiche Kleinkriege und diplomatische Fehden verwickelt, deren Bilanz für sie mit jedem Tag fragwürdiger werden dürfte. Diese Kämpfe sind um so schwerwiegender, als sie sich auf dem Hintergrunde der großen Auseinandersetzung zwischen Osten und Westen abspielen oder geradezu zu Teilunternehmungen dieser Auseinandersetzungen geworden sind. Was für den Westen auf dem Spiele steht, wie weit die diplomatischen und kriegerischen Vorgänge im Osten und in Afrika in unsere Existenzbedingungen eingreifen werden, ist dem Durchschnittseuropäer noch kaum bewußt. Wir sind, je nach Standpunkt, geneigt, von der hohen Warte unserer kulturellen und sittlichen Überlegenheit widerwillig davon Kenntnis zu nehmen, daß rückständige, nicht einmal des Lesens kundige Völker den Anspruch erheben, an unsere Seite zu treten, statt, wie bis anhin, zu uns aufzuschauen, oder wir verfallen, von offiziellen Erklärungen beeindruckt, einem leichtherzigen Optimismus und glauben, es werde heute für die Hebung der zurückgebliebenen Völkerschaften so viel getan, daß sie bald ihren rechtmäßigen Platz an der Sonne einnehmen werden.